

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

107

Wien, Donnerstag, den 17. März 1927.

Die Festwochen im Radio. Auf Anregung der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich wird sich die Ravag in grosszügiger Weise in den Dienst der Werbearbeit für die in der Zeit vom 5. bis 19. Juni stattfindenden Festwochen in Wien und Niederösterreich stellen. Die Ravag wird demnächst eine Vortragsreihe über diese Festwochen beginnen, in denen Persönlichkeiten des künstlerischen und wirtschaftlichen Lebens die Bedeutung der Festwochen würdigen werden. Ueber die Vorbereitungen der Theater für die Festwochen sprechen der Generaldirektor der Bun-destheater, Franz Schneiderhan und der Dramaturg des Deutschen Volkstheaters, Professor Dr. Heinrich Glücksmann. Ueber die Darbietungen der Musikstadt Wien wird der Generalsekretär der Konzerthausgesellschaft Dr. Hugo Bodet Botstieber einen Vortrag halten. Der Präsident der Genossenschaftsbildender Künstler Professor Alexander Golts spricht über die Bedeutung der zahlreichen Kunstausstellungen, die während der Festwochen abgehalten werden. Der Vizepräsident des Geniums der Wiener Kaufmannschaft, Kommerzialrat Rudolf Bittmann, wird über die wirtschaftliche Aufgabe der Festwochen sprechen. Der Vorsitzende des niederösterreichischen Fremdenverkehrsbeirates, Nationalrat Mauritius Klieber und der Fremdenverkehrsreferent halten über die zahlreichen Veranstaltungen, die in der Umgebung Wiens während der Festwochen geplant sind, Vorträge. Ueber das Sportprogramm spricht der Generalsekretär des österreichischen Automobilklub-Ingenieur Alfred Friedrich. Die Bedeutung der Festwochen für den heimischen Fremdenverkehr wird Sektionsrat Dr. Erwin Naswetter, von der Generaldirektion der Bundesbahnen, würdigen. Der Vortragszyklus, der durch einen einführenden Vortrag des Sekretärs der Fremdenverkehrskommission eingeleitet wird, dürfte schon den ersten Tagen des kommenden Monats beginnen.

Eine Gemeindegewinnung für die Bekämpfung des Alkohols. Die Gemeindeverwaltung hat den Arbeiterabstinenzklub seit einer Reihe von Jahren subventioniert. Der Verein besteht seit dem Jahre 1905 und zählt gegenwärtig mehr als sechstausend Mitglieder. Er veranstaltet regelmässig in Wien und den anderen Bundesländern aufklärende Vorträge über die Schäden des Alkohols, gibt eine Monatsschrift heraus und versucht durch Werbeschriften und Wanderausstellungen seine Ziele zu verwirklichen. Der Verein führt auch zwei alkoholfreie Gaststätten in den Siedlungen Rezonhügel und Wolfersberg. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hliss hat der städtische Finanzausschuss dem Verein eine Subvention von fünfzehntausend Schilling bewilligt.

Bilder aus dem Frauenleben. Im Rahmen der im Mai und Juni stattfindenden Ausstellung "Wien und die Wiener" veranstalten die vier grossen Frauenorganisationen (Reichsbund deutscher Frauen, Bund der österreichischen Frauenvereine, sozialdemokratische Frauenorganisation und katholische Frauenvereinigung) eine Frauenausstellung unter dem Titel "Bilder aus dem Frauenleben." Diese Organisationen haben von der Sozialversicherungsbehörde die grösstmögliche Unterstützung zugesichert erhalten. Die Bilder aus dem Frauenleben sollen zeigen, auf welchen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens die Frauen tätig sind und welche sozialen Einrichtungen für die Frau und durch die Frau geschaffen wurden. Die vier Frauenorganisationen sind nun an die Gemeinde um einen Beitrag für die Kosten der Verarbeitung des Materials für die Ausstellung herangetreten. Nach einem Bericht des Gemeinderates Wojgl hat der städtische Finanzausschuss für diese Sonderausstellung eine Subvention von fünfzehntausend Schilling bewilligt.

keit, es enthalte Verleumdungen, um die Bevölkerung aufs Neue zu verblenden. Dieses Dokument sei aber auch eine Schande für den Bürgermeister, an den sich die Deputation zuerst wandte, weil der Bürgermeister das System Breitner, das sich auf einseitige politische Einstellung aufbaut, unterstütze, anstatt es zu beseitigen. Schliesslich treffe die Verantwortung für die Form der Antwort Breitners auch die sozialdemokratische Partei. Der Finanzreferent habe sich mit dieser Antwort unmöglich gemacht, er müsste von seinem Platze verschwinden. (Stadtrat Breitner lacht). Wenn Sie auch lachen, ist das nur ein neuer Beweis für Ihre dicke Haut. (Gemeinderat Merbaul (chr. soz.): Er gehört auf den Steinhof!) Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten lässt sich Stadtrat Breitner das Vertrauen votieren, vom Bürgermeister angefangen bis zum letzten kleinen Vorortewirtshaus. Die Bevölkerung Wiens die Gewerbetreibenden und wir alle werden nicht ruhen und rasten bis das Joch der Breitnerei gebrochen wird und wir begrüßen den 24. April mit Freuden, an dem wir unsere Kräfte messen werden. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen)

Präsident Zimmerl verkündet, dass Gemeinderat Nachtnobel einen Resolutionsantrag eingebracht hat und stellt die Unterstützungsfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Gemeinderat Panosch (chr. soz.) begrüsst den in Verhandlung stehenden Antrag, wünscht aber eine weitere Revision des Gesetzes über die Lustbarkeitsabgabe, die offenkundig bildungsfeindliche Tendenzen enthalte. Man solle zwischen wirklicher Lustbarkeit und ernstlichen Veranstaltungen unterscheiden. Es dürfe nicht geschehen, dass Vorträge, veranstaltet vom Verein für Museumskunde, die durchaus wissenschaftliche Themen betreffen, der Lustbarkeitsabgabe unterworfen werden. Redner bemängelt auch dass die vorgesehene Begünstigungen nur bis zum 31. Dezember 1927 gelten und ersucht den Referenten die ersten Veranstaltungen bei Bemessung der Lustbarkeitsabgabe zu berücksichtigen.

G. R. Preyer (chr. soz.) erklärt, dass durch die Vorlage nur wieder bewiesen wird, dass durch die sozialdemokratische Steuer- und Abgabepolitik auch die Arbeiterschaft betroffen wird. Die Vorlage beweist, dass die Gemeindeabgaben ebenso auf den kleinen Betrieben ruhen wie den Nachtlokalen, Kabarets und auf dem Sacher. Die grosse Masse der Arbeiter, der Angestellten und des Mittelstandes werden betroffen. Die Vorlage beweist, dass wir mit unserer Behauptung Recht haben, dass durch die Steuer- und Abgabepolitik tausende kleine Betriebe zugrunde gerichtet und tausende Arbeiter und Angestellte arbeitslos gemacht werden. Aber nicht nur die Aines sind zu berücksichtigen, auch die kleinen Gasthäuser und Kaffeehäuser. 6638 Gast- und Kaffeehausgehilfen sind arbeitslos. Ihr Steuersadismus hat sie ins Unglück gestürzt. Nun wurde ein Fachverein der Gastwirte gegründet. Sie sagen nun, sie verkehren nur mit Genossen. Eben deswegen wurde dieser Fachverein gegründet. Das beweist, was der Ihre parteipolitische Einstellung. Das ist ein politischer Terror, wie Sie ihn überall anwenden, wie bei den Kinos so auch bei den Gast- und Kaffeehäusern. Warum kommen Sie jetzt überhaupt mit den Steuerermässigungen? Doch nur deswegen, weil am 24. April die Wahlen sind. Die Steuerermässigungen sollen Wahlzuckerh sein. Sie betreiben jetzt Wahlpo-

litik und keine Steuerpolitik. Der Resolutionsantrag, der von einem Ihrer Genossen eingebracht wurde, ist ein Beweis, dass Sie nirgends vergessen, Parteipolitik zu treiben. Der Antrag ist nichts anderes als ein Organisationszwang. Sie wollen für die Sozialdemokratische Union Propaganda machen und wollen, dass die kleinen Kinos nur Leute anstellen, die Ihrer Organisation angehören. Wir werden deshalb gegen den Resolutionsantrag stimmen. Für die Verlage werden wir selbstverständlich stimmen und wir wünschen nur, dass Sie auf dem Wege der Steuerermässigungen weitergehen. Seine Rede abschliessend erklärt Gemeinderat Preyer, dass die ganze Verwaltungstätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung der Stadt Wien am Rande des Abgrundes gebracht habe. Sie sind Faschisten, ruft Gemeinderat Preyer den Sozialdemokraten entgegen und wollen noch wie Mussolini sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Treiben Sie den Faschismus nur so weiter die Arbeiterschaft wird Ihnen schon die richtige Antwort geben (Beifall bei den Christlichsozialen).

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) führt aus: Der Resolutionsantrag entspricht nicht dem Sinne des Gesetzes. Die Ermässigung ist allen jenen Kinos zuzubilligen, deren wirtschaftliche Stellung eine solche ist, dass sie die hohe Steuer nicht erträgt. Die grösste Unerhörtheit und ausgesprochener Terrorismus ist es, nur jenen Kinobesitzern die Steuer nachzulassen, die Leute Ihrer Organisation anstellen. Ich protestiere auch, dass durch den Resolutionsantrag die freie Verwaltungstätigkeit des Städtensetzes in ungesetzlicher Weise beeinträchtigt wird.

St. R. Breitner führt in seinem Schlusswort unter anderem aus: Die Behauptung, dass die Steuerermässigungen nur mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen erfolgen, ist leicht zu widerlegen. Es ist dies nämlich bereits die fünfte Ermässigung, die den kleinen und mittleren Kinos zugestanden wird. Die erste Begünstigung datiert vom 20. April 1923, die zweite vom 30. Mai 1924. Am 1. Jänner 1926 wurde der Abgabesatz für Kleinkinos für die Dauer von acht Monaten auf zwanzig Prozent herabgesetzt und am 7. Mai 1926 als ganzjährig erklärt. Viermal und ohne jeden Zusammenhang mit den Wahlen ist eine Novellierung der Kinosteuer für die kleinen und mittleren Betriebe vorgenommen worden. Der Magistrat überprüft nämlich regelmässig zu Jahresbeginn die Gesamtergebnisse des Vorjahres und stellt im Rahmen aller gebotenen Möglichkeiten die Anträge auf Ermässigung. So ist bereits viermal es geschehen, und so geschieht es auch heute. Auch ist die Behauptung, dass die Ermässigung nur bis Ende dieses Jahres gilt, vollkommen unrichtig. Das Gesetz enthält keine Befristung.

Was die Angriffe anlangt, dass der Magistrat dem Fachverein der Gastwirte zur Erstattung von Gutachten heranzieht, so ist folgendes dazu zu sagen: Wir haben einzelne Genossenschaften, die einen derart feindseligen Standpunkt gegenüber dem Rathause einnehmen, ihre politische Feindseligkeit so unverholen und bei jeder Gelegenheit bekunden, dass mit ihnen eine ruhige, sachliche Verhandlung unmöglich ist. Diese Genossenschaftsleitungen schädigen durch diese Haltung zweifellos ihre Mitglieder. So war dies beispielsweise bei dem Gremium der Hoteliers der Fall. Es ist dies schliesslich den Hotelbesitzern zum Bewusstsein gekommen, und sie haben den Vorstehen Nagler abgesetzt. Die neue Mehrheit im Gremium der Hoteliers steht uns politisch gewiss nicht nahe, aber es sind eben Männer, die sachlich denken, die wissen, dass man nicht mit Hetzreden, sondern in ruhiger Verhandlung Erfolge erzielen kann. Die derzeitige Leitung der Genossenschaft der Gastwirte glaubt durch Politisieren etwas erzie-

len zu können. Das ist ein völlig falscher Weg. Der Fachverein der Gastwirte aber bemüht sich durch ruhige Darlegung der Verhältnisse zu wirken. So war es möglich, auf diese Vorstellungen hin, den Strompreis für sämtliche Gast- und Kaffeehäuser um einvolles Drittel herabzusetzen. Nicht also nur, wie behauptet wird, für parteipolitisch uns nahe stehende Unternehmer, sondern für alle Betriebe. Ebenso wurde das Klavierpauschale für alle davon berührten Gasthäuser und Kaffeehäuser ohne jeden Unterschied auf die Hälfte ermässigt. Auch die bevorstehende Ausreihungen vollziehen sich ohne jede Rücksichtnahme auf Politik. Die Gutachten des Fachvereines haben sich als vollkommen objektiv erwiesen und werden selbstverständlich nur dann berücksichtigt werden, solange sie wirklich objektiv sind.

Bezüglich des Resolutionsantrages, erklärt Stadtrat Breitner, dass dieser gar keinen Organisationswag darstelle. Wir wollen nur nicht, dass die Gruppe der Kinos, der die Steuer ermässigt wird, noch etwa eine eigene Gewerkschaft gründet, wodurch vielleicht die Arbeitsbedingungen des Personals beeinträchtigt werden könnten.

G. R. Preyer (chr. soz.) in Ihre Organisationen wollen Sie die Leute pressen.

St. R. Breitner: Davon ist keine Rede! Ihnen aber will ich nur sagen, dass man nicht Grossindustrieller und zugleich Arbeiterfreund sein kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

G. R. Preyer: Hören Sie auf mit diesen Lozelachs!

St. R. Breitner: Und was den Vorwurf anlangt, dass wir weder sozial noch demokratisch sind, so will ich Sie nur fragen, wie Sie das Mischmasch der Einheitsfront nennen wollen. Im Uebrigen bitte ich um die Annahme der Gesetzesvorlage.

Die Aenderung des Gesetzes wird in beiden Lesungen beschlossen und der Resolutionsantrag Nachtnebel angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über die Gesetzesvorlage auf Aenderung einiger Bestimmungen des niederösterreichischen Lehreralterspensionistengesetzes. Die Regulierung soll rückwirkend vom 1. Jänner 1907 an erfolgen, das Mehrerfordernis beträgt rund 220.000 Schilling, es ist durchschnittlich eine zehnprozentige Erhöhung der Pensionen statuiert.

Die Vorlage wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Stadtrat Siegel berichtet über die Gesetzesvorlage, durch welche die Gesetze auf Versorgung der Stadt Wien mit Trink- und Nutzwasser abgeändert werden. Die Aenderung hat sich als notwendig herausgestellt, um jenen Sportvereinen, die nicht auf einen gewerbsmässigen Betrieb abzielen, die Begünstigungen im Wasserbezug zuteil werden zu lassen.

Gemeinderat Untermüller (chr. soz.) verweist darauf, dass die industrielle Bezirkskommission, in der alle Parteien vertreten sind, sich dafür ausgesprochen habe, dass auch den Arbeitnehmern die erwähnten Begünstigungen eingeräumt werden sollen und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Der Referent entgegnet, dass eine Notwendigkeit zur Annahme dieses Zusatzantrages nicht bestehe, da die Angelegenheit den Gegenstand des Stadiums bilde, und zu erwarten stehe, dass den Arbeitsvermittlungen der Charakter der Gemeinnützigkeit zuerkannt werden wird, so dass sie dann ohnehin die Begünstigung erlangen werden.

Der Zusatzantrag Untermüller wird dann abgelehnt, der Referent's Antrag in beiden Lesungen angenommen.

Gemeinderat Untermüller: Durch diesen Beschluss haben Sie ihre eigenen Parteigenossen favouiert.

Gemeinderat Broosyner beantragt die Abänderung des Gesetzes betreffend des Verzögerungszuschlag, der darnach von fünf und zwanzig Prozent auf zehn Prozent ermässigt wird.

Gemeinderat Zimmerl bemerkt, das Gesetz über den Verzögerungszuschlag sei in der Inflationsperiode geschaffen worden. Damals hatte der Verzögerungszuschlag eine Berechtigung, heute aber nicht mehr. Deshalb haben die Christlichsozialen in der Budgetdebatte die vollständige Abschaffung beantragt, nachher als sie erfuhren, dass Stadtrat Breitner dagegen ist, einen Alternativen Antrag auf Abbau des Verzögerungszuschlages eingebracht. Die in Verhandlung stehende Vorlage sei also der Erfolg der in der Budgetdebatte gestellten Minderheitsanträge. Redner bezeichnet als politisch faktisch, wenn der Referent dieses Umstandes keine Erwähnung tut, umso mehr als die Geschäftsordnung ihn dazu verpflichtet, Minderheitsanträge dem Plenum zur Kenntnis zu bringen. Wenn es nicht geschieht, will man offenbar die Ermässigung des Verzögerungszuschlages als einen Erfolg der sozialdemokratischen Gewerbetreibendenorganisation hinstellen. Redner wiederholt aus diesem Grund den Antrag auf gänzliche Abschaffung des Verzögerungszuschlages.

Der Referent erwidert seines Wissens sei es bisher nie üblich gewesen, einen Minderheitsantrag in Referat ausdrücklich zu erwähnen. In den Beschlüssen werden immer wieder Minderheitsanträge eingebracht und von Referenten ihrer im Plenum/nicht-Bewegung getan, weil sie ja ohnehin der Antragsteller vorbringt. Für die vollständige Aufhebung des Verzögerungszuschlages besteht kein Grund, weil die Zahl der künftigen Steuerzahler noch immer sehr erheblich ist. Der Verzögerungszuschlag werde nur als Erziehungsmittel gehandhabt und die Lasten für die Steuererhebung möglichst herabzusetzen und das liege doch im Interesse der Steuerträger selbst.

Der Antrag Zimmerl wird abgelehnt, der Referentenantrag in beiden Lesungen angenommen.

Gemeinderat Weigl beantragt eine Gesetzesvorlage über die zeitliche Befreiung von der Wohnbausteuer für die aus Privatmitteln hergestellten Neubau- und Zubauten über den 31. Dezember 1926 bis 31. Dezember 1928 festzusetzen.

Gemeinderat Paulitschke (chr. soz.) stellt mehrere Abänderungsanträge, insbesondere wünscht er, dass die der Gesells. zugewilligten Heimbauhilfen auch den Siedlergenossenschaften zuteil werden und dass für Mansardeneinbauten die Befreiung von der Wohnbausteuer eingeführt werde.

Gemeinderat Weigl sagt in seinem Schlusswort, dass die Subventionen des Bundes und der Gemeinde erhalten, es wäre also zu weitgehend, ihnen auch noch die Befreiung von der Wohnbausteuer zuzugestehen. Im Gesetze sind Mansardeneinbauten von der Wohnbausteuer befreit, nicht aber die Einbauten von Mansarden in den Dachboden. Er müsse daher den Abänderungsantrag ablehnen.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Paulitschke abgelehnt, der Referentenantrag in beiden Lesungen angenommen.

Stadtrat Rabl referiert über die Gesetzesvorlage betreffend die Auflösung des Wiener Gemeinderates vor Ablauf der Wahlperiode und die Vornahme der Neuwahl und begründet kurz den Gesetzentwurf dahin, dass durch die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates und gleichzeitige Vornahme der Neuwahl mit der Nationalratswahl beträchtliche Kosten erspart werden sollen.

Gemeinderat Kunschak erklärt die Begründung des Referenten als unzutreffend. Auf die Frage, warum der Gemeinderat aufgelöst werden sollte, gebe es nur eine Antwort: Er ist reif dazu. (Zustimmung bei den Christlichsozialen). Die Bevölkerung ist mit der Steuerpolitik des Rathes unzufrieden, das würde in diesem Saale dutzendemale aufgezeigt. Und auch ausserhalb des Gemeinderates wurde diese Anschauung in öffentlichen Kundgebungen der verschiedensten Parteien und Fachkorporationen wiederholt ausgesprochen. Wir können uns darauf berufen, dass diese Verteilung der Steuerpolitik durchaus nicht einseitig politischen Charakter trägt. Auch an den Kreisen der Mehrheit selbst sind die schärfsten Proteste gegen diese Steuerpolitik erfolgt. Man braucht nur an die Stellungnahme der Vereinigung Österreichischer Bühnenvereine erinnern, die in öffentlichen Versammlungen sehr leidenschaftlich die städtische Finanzpolitik kritisiert haben. Die Bewegung zog so weite Kreise, dass sie sogar die Gewerkschaftskommission mit dieser Frage befassten musste. Redner verweist dann auf den Ausspruch Breitners im Stadtsenate: "Wir werden die Amtsgewalt missbrauchen, wo oft und wann es uns beliebt."

Gemeinderat Hummelhardt: Dieser Ausspruch wird nie Jergensen werden! (Aschenrufe bei der Mehrheit: Dieser Ausspruch ist verdreht worden.)

Stadtrat Kunschak: Ich weiss genau, dass dieser Ausspruch Breitners nicht wohl überlegt war, sondern in der Erregung gefallen ist. Aber er ist ein Beweis dafür, dass er aus dem Herzen des Finanzreferenten gekommen ist.

Wir haben auch erfahren müssen, dass der Herr Bürgermeister in diesem Saale aufgestanden ist und erklärt hat, an eine Aenderung der Steuern ist nicht zu denken. Ebenso hat Stadtrat Breitner gesagt, die Gewerbetreibenden sollen sich keine Illusionen hingeben, an seine Steuerpolitik wird nichts geändert. Nun hat der Herr Finanzreferent einige Wirte zusammenrufen lassen, die den Fachverein der Wiener Gastwirte gegründet haben. Der Genossenschaft wurde die bescheidenste Forderung brutal abgelehnt. Dem Fachverein wurden verschiedene Forderungen ohne weiters zugewilligt. Heute lesen wir in der Arbeiter-Zeitung, dass im Neubaukeller eine Versammlung der Gastwirte tagte, wo gesagt wurde, wenn die Gastwirte etwas erreichen wollen, sollen sie zu uns kommen. Das heisst, dass mit Gemeindegeldern Stimmen gekauft werden. Darin liegt ein Amtsmissbrauch.

Wir haben auch konstatieren müssen, dass sich die Herren über die einfachsten Grundsätze der Verwaltung hinwegsetzten. Und nicht nur über die Verwaltungsgrundsätze, auch über die parlamentarische Form. Wir haben verschiedene Anträge eingebracht. So den Antrag Paulitschke, die Pflicht der Steuerfreiheit, die mit Ende 1926 abgelaufen ist wieder zu verlängern, ein anderer Antrag ging dahin, den Verzögerungszuschlag aufzuheben oder herabzusetzen. Ich habe die Behandlung dieser Anträge vor zwei Wochen im Finanzausschuss urgiert. Stadtrat Breitner sagte mir, dass die Beratungen darüber noch nicht zu Ende seien. In der nächsten Sitzung werde er mir über die Anträge berichten. Auch über die Wasserkraftabgabe kann er noch keinen Bericht erstatten. Tatsächlich wurde in der nächsten Sitzung über die Anträge berichtet. Broosyner hat aber referiert, als ob die Anträge spontane Anträge von ihm wären. Ich habe gefragt, was mit unseren Anträgen sei. Darauf erhielt ich die Antwort, dass seine Anträge mit den unserigen gar nichts zu tun haben. Auf meine Einwendung, dass über unsere Anträge pflichtgemäss berichtet werden müsse und gesagt werden müsse, dass sich mit seinen Anträgen die unserigen er-

ledigen, wurde mir gesagt, dass über unsere Anträge zu berichten keine Verpflichtung besteht. Heute haben Sie darüber hier berichtet, und mit keinem Wort dabei gesagt, was mit den Anträgen geschieht, die am 30. Dezember einstimmig der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen würden. Den Herrschaften ist eben die Geschäftsordnung eine Hekuba geworden und das Verständnis für parlamentarischen Anstand ist ihnen völlig verschwunden.

Es ist, wie auch schon wo anders, auch hier schon oft zu stürmischen Szenen gekommen. Nach einer solchen sagte ein Gemeinderat (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Es war Gemeinderat Kohler) werde das nächste Mal die Arbeiter von Siemens und Schuckert herholen und uns hinauswischen lassen. Ich will hier feststellen, dass ich eine Reihe von Zuschriften bekommen habe, worin die Arbeiter diese Zumutung des Herrn Kohl mit Entrüstung zurückweisen. Dieses feine gesellschaftliche Empfinden der Arbeiter von Siemens Schuckert hat in diesem Gemeinderat kein Echo gefunden. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, wir sollen die Sache nicht so tragisch nehmen. Ich habe das hier zur Sprache gebracht, um darauf zu verweisen, dass es keine Schändung des demokratischen Gedankens ist, mit Brachialgewalt zu drohen. Ja, als Demonstration wurde sogar der betreffende Gemeinderat zu einem Referat gestellt. Die Mehrheit dieses Saales hat damit bewiesen, dass sie diese Schändung des demokratischen Gedankens billigt. (Beifall bei den Christlichsozialen)

Ein Gemeinderat, in dem sich solche Dinge abspielen, ist auf der Dauer unmöglich.

Ich habe auch im Stadtsenat eine Anfrage über eine sehr ernste Angelegenheit gestellt. Eine Antwort darauf wurde mir verweigert. Ich bin der Meinung, dass Anfragen, die gestellt werden, zu beantworten sind. Vertrauliche Antworten haben wir schon zu Tausenden bekommen. Man hat uns aber einfach überhaupt keine Antwort gegeben. Das soll der Beginn der Praxis sein, den Mitgliedern der Opposition auf ihre Anfragen überhaupt keine Antwort mehr zu geben. Wenn eine parlamentarische Körperschaft sich in einem solchen Zustand sittlicher Verwerflichkeit befindet, dann gibt es nur eines: Wegtreten! (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen)

In uns lebt das Gefühl, dass diesem Gemeinderat jede Lebensmöglichkeit abhanden gekommen ist. Wir werden daher für diesen Antrag unsere Stimmen mit Begeisterung abgeben. (Beifall bei den Christlichsozialen)

Bürgermeister Seitz: Es hat dem Herrn Abgeordneten Kunschak beliebt, abermals über eine Aeusserung meines Freundes Breitner im Stadtsenat hier zu sprechen. Es ist dem Abgeordneten Kunschak bekannt, so wie allen die dieser Szene beigewohnt haben, dass der Sinn der Aeusserung Breitners nur so zu verstehen sein konnte, dass das, was man ihm als Minister auch der Amtsgewalt vorwerfe, von ihm immer geübt werden wird, weil es eben kein Amtsmisbrauch sei.

Wenn der Herr Kunschak unsere derzeitige Verwaltung der Parteilichkeit zeugt, dann können wir nur sagen, dass das System das er vertritt und dass man immer das System Lueger genannt hat, das System: Sozialerianer und Sozialdemokraten werden nicht angestellt, von uns von Grund auf ausgerottet wurde. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit)

Vizebürgermeister Hoss: Das war in der Monarchie. Wir sind heute in einer demokratischen Republik!

Bürgermeister Seitz: Ich werde niemals dulden, dass unter meiner Bürgermeisterschaft dieses System jemals wieder eingeführt wird. Die Gemeindeverwaltung wird unparteilich und objektiv geführt und wer uns der Parteilichkeit zeugt, der ist jederzeit eingeladen, die Beweise zu erbringen.

Sechster Bogen.

bringen. Es wird jeder einzelne Fall genau geprüft werden. Wir wollen/ damit keineswegs sagen, dass wir an den Grundsätzen unserer Partei Verrat üben werden. An den Grundsätzen unserer Verwaltung, werden wir unerschütterlich festhalten.

Stadtrat Kunschak hat auch meine Antwort im Stadtsenat auf dortigen Interpellationen Minderheit erwähnt. Wenn im Stadtsenat ein Mitglied in einer sachlichen Frage eine Auskunft wünscht, wird sie selbstverständlich gegeben werden. Das ist ein allgemein geltendes parlamentarisches Recht. Eine andere Frage ist es über, ob in Körperschaften wie der Stadtsenat, das Interpellationsrecht geübt werden kann. In allen Ländern mit demokratischer Verfassung erstreckt sich dieses Recht auf die Parlamente, aber nicht auf die Regierungsausschüsse. Das Parlament hat dieses öffentliche Verfahren der Interpellation im Stadtsenat keines, es aber nicht haben. Wir haben dazu den Landtag und den Gemeinderat. Wir werden im Stadtsenat auf alle Anfragen gerne antworten, wenn die Minderheit diese Antworten als nicht öffentlich behandelt.

Wenn über unser Steuersystem gesprochen wurde, so haben wir immer erklärt, dass wir jeden Tag begrüssen, an dem es uns möglich ist, Steuerermässigungen durchzuführen. Wir haben dies auch so weit als nur möglich getan. Wir können natürlich nicht auf alle Steuer schlechweg verzichten. Wir werden an unserem System nach wie vor unerschütterlich festhalten. Das System, das Sie eingeführt haben und das von hundert Schilling Mietzins, vierzig Schilling Steuern genommen hat, ohne Rücksicht ob es sich um die Behausung des Kranten oder den Palast des Reichsten gehandelt hat, dieses System werden wir absolut nicht einrennen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) Wir haben auch Ihr System, dass ganz Wien von einer Verzehrungssteuer umgeben hat, beseitigt. Wir haben damit aufgeräumt, dass jedes Kilogramm Fleisch gleichmässig besteuert wird, ob es nun der Reichste oder der Arbeitslose kauft. Wir werden auf das System der Warenumsatzsteuer, dass dem Arbeitslosen sein Laib Brot genau so besteuert, wie dem Milliardär absolut nicht eingehen. (Stürmischer Beifall) Rufe bei der Minderheit: Die Arbeitslosen müssen Wohnbausteuer zahlen!

Wir halten an unserem Steuersystem fest. Auf dieses System kandidieren wir wieder. Wenn Wiens Bevölkerung wirklich wünschen sollte, dass man wieder zu Ihren Systemen der Warenumsatzsteuer und der vollkommen gleichmässigen Besteuerung von Arm und Reich, weil dies der christlichen Gerechtigkeit entspricht, zurückkehren soll, dann werden wir uns in unser Schicksal fügen und werden als Opposition in den Gemeinderat einziehen. Vorläufig haben wir aber gar nicht das Empfinden und fühlen uns sogar sehr wohl und sicher. Wir halten die Wiener für geschickter genug, dass sie sich für das richtige Steuersystem entscheiden. Darauf vertrauen wir und hoffen, dass wir auch einigen Einfluss im Nationalrat gewinnen um auch dort die Steuerpraxis in einem gerechteren Sinne zu beeinflussen.

G. R. Untermüller (chr. soz.) Hoffen und harren, macht mancher zum Narren! (Heiterkeit)

Bürgermeister Seitz: Wenn man tiefer in die Dinge eindringt, so kann man sagen, dass seit dem Herbst 1918 in Oesterreich zwei politische Systeme gegenüberstehen. Damals vielleicht noch etwas unbehelfhaft, aber heute sind diese zwei Systeme ganz deutlich sichtbar.

Wir sehen sie in unserer Sozial- und Handelspolitik, in unserer Finanz- und Steuerpolitik und auch in unserer Kulturpolitik. Wir sehen den Gegensatz/der absoluten geistigen und seelischen Unterordnung unter das Diktat der Entente und der Tatsache, dass fast das ganze deutsch-österreichische Volk den Anschluss an das deutsche Reich und eine internationale Politik in Europa wünscht, die diesen Anschluss fördert. Wir sehen ein System der Hochschutzzölle, das sich zum Fluch der arbeitenden Bevölkerung bis auf die Nahrungsmittel erstreckt, dem ein System gegenüber steht, das alles daransetzen müsste, den Freihandel zu fördern. Wir sehen ein System der Wirtschaftspolitik, das einfach desinteressiert ist gegenüber der furchtbaren Not unserer Industrie und des Gewerbe und gegen die furchtbare Gefahr der Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite sehen wir ein System, das mit allen Mitteln versucht, unserer Industrie unseren Gewerbe Arbeit verschaffen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Wir sehen aber auch den Gegensatz in der Kulturpolitik. Hier wird ein System geübt, das die Jugend und die Erwachsenen dem Klerikalismus ausliefern will, aber auch ein System, das dieser Tendenz gegenüber steht. Es sind zwei Systeme: Das System der Reaktion und das System des Fortschritts. Immer haben diese zwei Kräfte gegeneinander gewirkt. Immer hat sich der Gegensatz gezeigt zwischen der Politik im Nationalrat und im Gemeinderat.

In dem Moment, als sich die Seelensanierung in dem Skandal der Bärenbank und Zentralbank ausgewirkt hat, war es klar, dass wieder einmal das Volk zur Entscheidung zwischen diesen beiden Systemen aufgerufen werden muss (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Das war der innere Grund, weshalb die Auflösung dieser beiden Körperschaften sich vollziehen musste. Das Volk muss wieder entscheiden. Gewiss, Wien ist in einer unangenehmen Situation. Man hat hier von den vierzig Prozent Anteil der Gemeinde an der Warenumsatzsteuer gesprochen. Wien ist heute der steuerkäftigste Teil der Republik. Wir haben ein Recht, dass wir an diesen Steuererträgen partizipieren, gleichgültig, nach welchem System diese Steuern gemacht wurden. Wir würden ein Verbrechen an Wien begehen, wenn wir die Wiener Steuergelder in die anderen Länder schicken. Wir Wiener sind nicht kleinlich und sind uns auch unserer Pflicht gegenüber den Ländern bewusst. Wir sind mit dem System der Warenumsatzsteuer nicht einverstanden, können uns aber nicht von dem Grundsatz abdrängen lassen, dass alle Länder gleichmäßig daran partizipieren.

Luogers hat gesagt, nieder mit den Juden und Schönere erklärt: In der Masse liegt die Schweinerei. Heute sehen wir, dass die jüdische Börsenpresse für die christlichsoziale Einheitsfront eintritt. Diese Erscheinung belustigt uns nicht nur, sie ist uns auch eine ungeheure Genugtuung, weil wir gerade dadurch Ihre ganze Presse von der Neuen Freien Presse und Reichspost über das Neue Wiener Tagblatt bis zur kleinen Volkszeitung gezwungen haben, Farbe zu bekennen. Alle Phrasen, mit denen man die Klassengegensätze immer verhüllen wollte, sind verstummt und das nackte Goldsackinteresse macht sich geltend, eine Bestätigung unserer alten Theorie, dass die Menschen nur durch ihre Klasseninteressen bestimmt werden. Endlich wissen sowohl Sie wie wir, dass es nur zwei Klassen und zwei Systeme gibt. Hier die Klasse der Arbeiter, dort die Klasse der Kapitalisten. Ich habe den Antisemitismus immer verworfen. Aber wenn ich schon die beiden antisemitischen Systeme Schneider und Schönere betrachte, dann ist mir dieser Antisemitismus lieber, als der Antisemitismus der Liguori und

Siebenter Bogen.

Jesuiten. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Entweder ist der Herr Seipe Mitglied der christlichsozialen Partei und nach ihrem Programm ein Antisemit, oder er ist es nicht. Wenn er aber kein Antisemit ist, dann ist auch Ihre Partei keine antisemitische mehr, dann ist der Antisemitismus Seipe's nur der der Jesuiten und der Glöckner bei den Christlichsozialen. Sie wollen aber nie zusammengehen um ihre Geldsackinteressen zu verteidigen. Deshalb freuen wir uns, dass auch der Wiener Gemeinderat mit dem Nationalrat aufgelöst werden wird und die Wiener Bevölkerung Gelegenheit hat zwischen den zwei Systemen zu entscheiden und zu zeigen, wie künftighin die Wiener Stadterwaltung aussehen soll. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Der Herr Bürgermeister hat ein altes Schlagwort wieder neu geschmiedet und zwar das Wort Luogers. "Nein und Schönere" stelle ich nicht an. Warum Luogers dies nicht getan hat, frage ich jetzt den Herrn Bürgermeister.

Bürgermeister Seipe: Weil er ein unparteilicher Mensch war! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten).

Stadtrat Kunschak: Nein, weil er ein auf die Monarchie bürgermeister war. Die Sozialdemokraten haben sich ganz offen als Revolutionäre und Feinde der Staatsform bezeichnet. Auch die Schönere, deswegen hat Luogers, der durch seinen Eid gebunden war, sie nicht anstellen können. Nun aber stelle ich an den Herrn Bürgermeister die konkrete Anfrage, ob er einen Mann anstellen wird, der erklärt, Monarchist zu sein. In den Pensionsbestimmungen, die Sie geschaffen haben, heisst es ausdrücklich, dass derjenige seiner Bezüge verlustig wird, der sich zur Monarchie bekennt. Damit stellen Sie sich auf den gleichen Standpunkt wie Luogers. Luogers hat auf die Monarchie den Eid geleistet, Sie auf die Republik.

Gemeinderat Nachtmann (Soz. Dem.): Sie sind ja keine Republikaner!

Gemeinderat Huber (chr. soz.): Solche wie Sie sind wir auch!

Gemeinderat Kunschak fortgehend: In allen Kollektivverträgen haben Sie die Bestimmung, dass nur solche Leute aufgenommen werden dürfen, die einer bestimmten Organisation, nämlich der sozialdemokratischen, angehören.

Der Herr Bürgermeister hat aber noch ein zweitesmal ein System Luogers verwiesen. Auf die Hauszinssteuer. So leichtfertig sollte der Herr Bürgermeister nicht argumentieren. Das System der Hauszinssteuer hat nämlich schon lange Luogers bestanden. Sie war prächtig ein staatliches System. Man kann daher von einem System Luogers nicht sprechen. Die Hauszinssteuer ist weggefallen, weil sie der Bund aufgehoben hat. Daher sind Sie auch nicht in der Lage, eine Hauszinssteuer einzuhoben. Aber Sie haben an die Stelle die Wohnbausteuer gesetzt. Wir haben auch jetzt erfahren, dass Sie zu der Wohnbausteuer noch eine andere Steuer einheben wollen, die Sie progressiv aufzubauen beabsichtigen.

Auch die Verzehrsteuer, über die der Herr Bürgermeister gesprochen hat, war in erster Linie eine Staatssteuer. Sie wurde aufgehoben, weil die Kosten der Erhebung dem Staate höher gekommen sind, als ihr Ertrag. Damit ist auch die städtische Steuer herabwillig geworden.

Der Herr Bürgermeister hat dargetan, wie gleichmäßig zum Unterschied von den städtischen Steuern die Warenumsatzsteuer den Reich trifft. Die drei Groschen Biersteuer bei einem halben Liter treffen die Besucher der Arbeiterheime und des Hotel Bristol. Die Proleten in den Arbeiterheimen unterliegen genau so der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wie alle anderen. Auch die generelle Herabsetzung des Strompreises nach acht Uhr abends ist gleichmäßig sowohl für den kleinen Wirt als für die grossen Bars bestimmt.

## Achter Bogen.

Bezüglich der Hochschutzzollpolitik hat Bürgermeister Seitz dem Freihandel das Wort geredet. Ich erkläre aber, dass die Wirtschaft Oesterreichs noch eine Treibhauspflanze ist, und es daher notwendig ist, Schutzzölle einzuführen.

Während den Ausführungen des Stadtrates Kunschak kommt es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen dem sozialdemokratischen Gemeinderat Reisinger und christlichsozialen Gemeinderäten. Dem Gemeinderat Reisinger wird des öfteren zugerufen: Verleumder!

Stadtrat Kunschak kommt sodann auf die "Seelensanierung", die Bürgermeister Seitz in seiner Rede erwähnte, zu sprechen und führt aus, dass derjenige, der in einem Glashaus sitzt, gar keine Ursache hat, mit Steinen zu werfen. Wer auf seinem Gewissen einen Hammerprot-Bosel-Skandal hat, ein System der Fakturenfälschung, der möge lieber schweigen.

Nachdem Stadtrat Kunschak seine Rede beendet hatte, stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen, der von den Sozialdemokraten mit den Rufen: Hoch die Bankjuden! begleitet wird.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten Stadtrat Richter wird der Gesetzentwurf mit der stilistischen Aenderung, die Gemeinderat Gross beantragte, in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

Die Mitglieder der Minderheit und der Mehrheit begleiten die Abstimmung mit stürmischem Beifall und Händeklatschen.

Gemeinderat Schorsch (Soz. Dem.) ruft scherzends zu den Bänken der Minderheit hinüber: Die Einheitsfront!

Gemeinderat Kunschak: Bravo Richter! Hat seine Sache gut gemacht!

Gemeinderat Täubler erstattet dann ein kurzes Referat über den Rechnungsabschluss des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Verwaltungsjahr 1925 und über den Voranschlag des Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1927 und beantragt den Rechnungsabschluss und Voranschlag zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeinderat Apgermayer (chr. soz.) bringt vor, dass unter den Fortbildungsschulen Parteipolitik betrieben werden, die eine Spaltung in zwei Lager zeitigte, so dass die Lehrer nur mit Mühe die Ordnung aufrecht erhalten können. Eine sozialistische Schülerräte-Exekutive hat im Gebäude ihren Sitz und sie ladet Schüler und sozialistisch gesinnte Lehrer zu gemeinsamen Besprechungen ein. Dieser grobe Unfug müsse abgestellt werden.

Gemeinderat Rummelhardt bringt ähnliche Beschwerden vor, es sei leider Tatsache, dass die Fortbildungsschulen zu einer Suchtstätte für Lehrlinge zum Sozialismus geworden seien. Dann kritisiert Redner eingehend den Rechnungsabschluss und Voranschlag und bringt verschiedene Einwendungen vor.

G.R. Täubler (soz. dem.) erwidert, auf die verschiedenen Einwendungen und erklärt, dass alle Gerüchte über die Fortbildungsschulen Schaudermärchen sind. Bezüglich der Erklärung des Stadtrates Rummelhardt, dass die Christlichsozialen für den Voranschlag und Rechnungsabschluss nicht stimmen können, erklärt er dies zur Kenntnis zu nehmen und bittet schliesslich alle diejenigen, die an der Fortbildungsschule ein Interesse haben, für den Rechnungsabschluss und Voranschlag zu stimmen.

Die beiden Vorlagen werden sodann mit den Stimmen der Mehrheit angenommen und Präsident Zimmerl schliesst um 10.15 die Sitzung des Wiener Landtages. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen werden.